



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

565 (13.12.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194816](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194816)



Die den augenblicklich bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen werden. Die deutsche Regierung wird durch ihre Vorkämpfer entsprechende Schritte unternehmen lassen.

Die Volksbestimmung in München.

München, 13. Dez. (Priv.-Tel.) In München fand gestern das Volksbegehren zur Stadtratsneuwahl statt. Die sozialistischen Parteien hatten Wahlentwässerung verkündet und ferner beschlossen, die Einhaltung dieser Parole durch die freien Gewerkschaftsmitglieder in den Wahllokalen zu überwachen. Es bestand daher die Gefahr von Wahlterror. Die Polizeidirektion überwachte die ungeführte Ausübung des Stimmrechtes und hatte bekanntgegeben, daß gegen jede unzulässige Wahlbeeinflussung rücksichtslos mit polizeilicher Gewalt eingeschritten werde. Alle Wahllokale hatten daher starke polizeiliche Bewachung mit Schutzleuten und Mannschaften der Volkswachen. Auch waren die Panzerautos in Bereitschaft. Abgegeben wurden 179 418 Stimmen für Neuwahlen, 592 Stimmen dagegen. Wahlberechtigt waren 388 758. Die absolut notwendige Stimmzahl für die Neuwahlen betrug 194 318 Stimmen. Es fehlten also rund 15 000 Stimmen. Alle bürgerlichen Parteien bildeten für das Referendum mit dem Bürgererrat einen bürgerlichen Einheitsblock. 92,4 Prozent sind von den durch Mehrheit nötigen Stimmen von den bürgerlichen aufgebracht worden, also eine bürgerliche Wahlbestimmung, wie sie München noch nicht erlebt hat. An dem schärfsten Wahlterror, der geübt wurde, beteiligten sich sogar sozialistische Stadträte, jedoch der unabhängige Stadtrat Bahner vorübergehend festgenommen wurde. Es ist bereits die Frage aufgeworfen, die Wahl deshalb anzufechten.

Die deutsche Volkspartei hatte für das Referendum eine glänzende Organisation entfaltet und durchwegs alle Wahllokale mit Vertrauensleuten besetzt. Viel wurde über starken Wahlterror durch die sozialistischen Parteien berichtet, jedoch die Polizei wiederholt eingegriffen mußte und die Kontrolleure der Sozialisten entfernte. Nach 6 Uhr herrschte im Parteibüro Hochbetrieb. Schlag auf Schlag folgten die Resultate, von denen eine ganze Reihe vorzüglicher Ergebnisse lauten beifall fanden. Gegen 9 Uhr wurde das Gesamtergebnis bekannt. Herr Kommerzienrat Jobstbauer bemerkte dazu, daß es ein Ergebnis sei, mit dem sich die bürgerlichen Parteien trotz dem ungeheuerlichen Wahlterror, der geübt wurde, fügen lassen können. Vielleicht werde infolgedessen gegen die Wahl Protest eingelegt, andernfalls werde aber der Antrag der Bayerischen Volkspartei im Landtag auf Aenderung des Gemeinbewahlsatzes stärkste Unterstützung der bürgerlichen Parteien finden. Der Redner dankte schließlich allen für die rege Mitarbeit.

Parteitag der preussischen Zentrumspartei. Stegerwalds Pläne.

Berlin, 13. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Die preussische Zentrumspartei eröffnete gestern ihren auf zwei Tage berechneten ersten Parteitag, mit dem sie gleichzeitig das 50jährige Bestehen der preussischen Fraktion verbindet. Zum Vorsitzenden des Parteitages wurde Dr. Borch gewählt. Der Berliner Professor Bauscher behandelte im ersten Referat die preussische Verfassung. Der Abg. Herold referierte über Kirche und Schule. Er warf den Hochschulen vor, wenn sie nicht die Förderung des Protestantismus als ihre erste Aufgabe betrachteten, würde es heute besser um das Vaterland. Größte Beachtung fand (und verdient sie wohl auch) die Rede des preussischen Wohlfahrtsministers Stegerwald. Stegerwald hatte vor einigen Wochen in Essen auf dem christlichen Gewerkschaftskongress seine Gedanken über das politische Leben der Zukunft entwickelt. Er erklärte nun: Keine dieser Ausführungen haben ein großes Interesse darüber verursacht, was in politischer Hinsicht werden soll. Es wurde ausgesprochen, daß meine Formulierung deutsch-christlich, demokratisch-national schon sehr durchgeleitet sei. Das stimmt nicht. Gegenwärtig besteht keine Partei, für die das gilt, was ich unter diesen vier Begriffen verstehe (hört, hört und Widerspruch). Auf die ebensolche einfache Formel von rechts und links ist das politische Leben der Gegenwart nicht mehr zu bringen. Viele glauben, ich wolle eine geschlossene Front gegen alle bürgerlichen Kreise, also ein Zweiparteiensystem. Das ist eine ganz oberflächliche Betrachtungsweise. Wenn jede Partei eigenwillig auf ihrer Tradition und auf ihrem Programm bestehen bleibt, so wird in kurzer Zeit eine Reorganisation unseres Parteiwesens von ausenher, ohne die Partei, aber gegen die Partei in Anspruch genommen werden. Das Vaterland muß gerettet werden, selbst wenn die Parteien in Trümmern zerfallen. Der Satz, das Vaterland steht über den Parteien, ist keine Phrase, sondern Wirklichkeit. Die christliche Arbeiterbewegung, der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen 2 Millionen Mitgliedern, ist bereit, an dieser weltanschaulichen Mission zu arbeiten. Heute muß es heißen: wollen Katholiken und Protestanten in Mitteleuropa einen neuen Staat bilden, in welchem die Konfessionen in politischer und sozialer Beziehung an einem Strang ziehen, oder aber wollen wir alle einzeln zurande eilen. Die selbstberühmten Zentrumspolitiker müssen sich also resolut und freudig auf hinausgehenden Boden stellen. Es sprach dann noch Minister Osterbach. Dann wurde die Weiterberatung auf heute vertagt.

Reichstagung der Deutschen Demokratischen Partei.

K. Nürnberg, 12. Dezember. Die bayerische Opposition. Mittags nimmt Senator Dr. Peterlen das Wort zu seinem Referat über die politische Lage. In den Vordergrund seiner zweitägigen Ausführungen stellt er das Bekenntnis zur demokratisch-republikanischen Staatsform, an der die Partei unerschütterlich festhalte. (Großer Beifall.) Die Politik der Partei muß nach wie vor national und sozial gerichtet bleiben. Eine gesunde, stark nationale, nicht nationalistische Politik ist die Voraussetzung für den Aufbau eines besseren internationalen Rechtes. Das marxistische Wirtschaftssystem der Vergewaltigung aller Produktionsmittel lehnen wir aus sozialen Gründen ab, weil die Erfahrung lehrt, daß ein Erstarken unterer Wirtschaft, eine Verarmung unterer Volks- und Berufsstände und Werten die Folge sein würde. Wir haben als Partei die agitationslos aberdinge unanfechtbare Aufgabe, dem Volk die Sachlage so zu schildern, wie sie in Wirklichkeit ist, um eine nüchterne, leidenschaftslos beurteilende der Verhältnisse in Deutschland und in der Welt zu erzielen. Die demokratische Staatsform ist nicht so sehr durch reaktionäre Machenschaften und Organisationsmaßnahmen als Gefahr. Die Verhängnisvoller ist die auf einseitige Parteiverhältnisse eingestellte Politik einer großen, auch auf demokratischem Boden stehenden Partei, die behauptet, daß das deutsch-volk für die Republik noch nicht reif sei und den Standpunkt vertritt, daß erst die Wiederkehr der Monarchie den Wiederaufbau ermöglicht. Die Deutsche Demokratische Partei wird in Zukunft ihre taktische Freiheit nicht auf jeder Seite zu wahren wissen. Wie die Dinge heute liegen und wie sie aus den Zusammenhängen der anderen Parteien immer wieder erahnen, sind allenfalls die Voraussetzungen für ein tatsächliches Zusammengehen der Kräfte, werden, nicht aber für darüber hinausgehende Rechnungen.

Der bayerische Landtagspräsident Dr. Hahn stellte an die Spitze seines Referates über das Verbleiben des Reiches zu den einzelnen Ländern das Streben, die Einheit aller Deutschen in einem deutschen Staat zu erreichen und zu verteidigen. Er wandte sich im weitesten gegen die Zentralfürsorgebestrebungen, wie sie von Berlin und München ausgegangen sind und fordert Selbstbestimmung und Selbstverwaltung besonders in wirtschaftlichen Fragen. Eine Verbindung zwischen der Einheit des Reiches und dem Eigenleben der Länder hat

die Weimarer Verfassung zu schaffen versucht. Fälschlich hat das Weimarer Programm der Bayerischen Volkspartei behauptet, daß die Weimarer Verfassung nur kraft revolutionären Rechtes bestünde. Die Weimarer Verfassung bedeutet uns die Rechtsquelle deutschen Lebens und deutscher Gestaltung. Nicht Bayern ist für uns ein Problem, sondern Preußen. Wir erkennen die Leistungen Preußens auf allen Gebieten an. Die Beharrung am altpreussischen Staat, die ein Ringen um die Vorherrschaft mit sich bringen würde, ist für uns ebenso unannehmbar wie die Frage eines unmittelbaren Reichsantrags Preußens, weil sie aus dem Reich eine Verlängerung Preußens machen würde. Wir bitten die Frage als eine gemeinsame deutsche zu betrachten.

Die Verhandlungen nehmen ihren Fortgang, ohne daß eine Mitfugung eingeleitet wird. Die Referate lösen eine Stundenlange Debatte aus. U. a. erhebt Reichsminister a. D. Dr. Preuß gegen die beiden Reichsparteien den Vorwurf, daß sie aus Liebe zu einer populären Demagogie die Wiederkehr der Monarchie auf ihr Banner geschrieben hätten. Die Reichsparteien geben zwar vor, die Staatsgewalt für sich zu wollen, lassen aber in demselben Augenblick nichts unversucht, um das Ansehen der deutschen Republik im Ausland herabzusetzen. Die Republik ist die einzige Form, in der Deutschlands nationale Einheit erhalten werden kann. Wenn die Deutsche Demokratische Partei die Sozialdemokratie für die aktive Mitarbeit am Staat gewinnen will, so darf sie sich nicht durch ein Bündnis mit jener Partei kompromittieren, die eine Republik nur duldet, weil sie nicht die Macht hat, sie zu beschützen.

Herr Klein-Frankfurt fordert die Parteileitung auf, offiziell zu dokumentieren, daß eine Fusionierung mit der Deutschen Volkspartei auf keinen Fall in Betracht komme. Ziel der Parteipolitik muß die Sammlung aller republikanisch und demokratisch Gesinnten sein. Redner bringt einen dahingehenden Antrag ein.

Landtagsabg. Dr. Münchener spricht gegen diesen Antrag und verweist weiter auf die Notwendigkeit, eine gleichzeitige Aufhebung zu machen, die viel wichtiger ist als der theoretische Streit ob Monarchie oder Republik (Doo-Aus!). Die Franzosen arbeiten auf ein föderalistisches Deutschland hin. Mit dem Träger der föderalistischen Idee, Professor Förster sollte unsere Partei feierlich Gemeinschaft bilden. Gegenüber Berlin verlangen wir, daß wenn sich in Zukunft besser orientiere, bevor man in bayerischen Fragen ein Urteil abgibt. Wir wenden uns ferner gegen eine doktrinaire Auslegung der Demokratie. Demokratie bedeutet uns ein wohlgefügter Volksboden, Förderung des Wachstums und Aufstiegs. Wir Demokraten in Bayern treten für den Gedanken der Stärkung der Staatsgewalt ein. Unsere Einwohnerwahlen dürfen nicht mit den Organisations- und Verordnungs-Verordnungen verwechselt werden. Im übrigen kann es nichts schaden, wenn der Gedanke der Wehrhaftigkeit in unserem Volk lebendig bleibt. Der großdeutsche Gedanke ist für uns kein Recht, sondern ein Rechtsgedanke. Die Formel muß lauten: Durch Großpreußenland zu einem wahren Völkerverbund, nicht umgekehrt. Die Weimarer Verfassung bedeutet uns die ewige Möglichkeit für eine vernünftige Politik. Wir wenden uns dagegen, daß man der Monarchie Steine nachwirft, wie die Sozialdemokratie zu tun beliebt. Das entwürdigt die Republik. An der in Heidelberg gegründeten Arbeitsgemeinschaft des demokratischen Südens, die bereits gute Erfolge aufzuweisen hat, werden wir auch in Zukunft festhalten.

Es sprach noch Herr Rettel und einige andere Redner. Dann wurden die Verhandlungen, die ununterbrochen nahezu acht Stunden dauerten, auf Sonntag vertagt.

Vorkläufiger Rückzug der Radikalen.

K. Nürnberg, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Stundenlange Aussprache, die nach der Rede Peterlens einsetzte, nahm am Sonntag ihren Fortgang. Die Berliner und Frankfurter hielten sich auf-fallend zurück und begnügten sich mit einer Opposition in Worten und gelegentlichen Äußerungen. So kam es nicht zu dem erwarteten Zusammenstoß zwischen Nord und Süd innerhalb der Partei, ja kaum einmal zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung. Dr. Peterlens Grundwort, das den einheitlichen Geist der Aussprache hervorhob, war in gewisser Beziehung wohl berechtigt. Die radikale Richtung mußte zwei entscheidende Rückzüge antreten. Die Frankfurter Richtung hatte einen Antrag eingebracht, daß sich die Parteileitung eindeutig gegen irgendwelche Fusion mit der Deutschen Volkspartei aussprechen möge. Dies bereits gemeldet, lehnte der bayerische Abgeordnete Vorr diesen Antrag ab und als auch der frühere Staatssekretär Haubmann-Stulport den Antrag einbrachte, wonach der Parteitag die Förderung der nationalen und sozialen Politik in der demokratischen Republik auf der festen Grundlage der Reichsverfassung und unabhängig von Parteigruppierungen von rechts und links im Rahmen der deutschdemokratischen Partei empfiehlt, ließen sich die Frankfurter gezwungen, ihren radikalen Antrag zurückzugeben. Dieser Begründung, daß der Antrag Haubmann mit dem ihnen identisch sei, stand die Erklärung Bayerns gegenüber, die betonte, daß die haubmannsche Fassung ihre Zustimmung habe, weil sie sich wesentlich von der Frankfurter Entschiedenheit unterscheidet.

Auch in der Frage der Heerespolitik, über die Reichswehrminister Dr. Gehler sprach, mußte die radikale Richtung der Demokratie den Rückzug antreten. Der Minister wandte sich gegen die unruhigbare Kritik, die an seinen Vorschlägen aus Parteifreien geübt werde und wollte wissen, was eigentlich die Partei unter Demokratisierung des Heeres verstehe. Unter dem Diktandum der Demokratie verbleibt sich oft nur der brutale Kampf um Ständesinteressen. Es gibt in unserer Partei Leute, die ein Heer mit Streit und Koalitionsrecht wollen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ein Heer entpolitisiert werden muß, damit es nicht eine Prätorianergarde wird. Die Entpolitisierung hat natürlich nicht in dem Sinne zu erfolgen, daß das Bestehen zu den rechtsgerichteten Parteien als unpolitisch, das zu den linksgerichteten Parteien als politisch angesehen ist. (Beifall.)

Ich bekenne mich zu dem Prinzip, daß jedem Heeresangehörigen die Ausbildung zu den höchsten Stellen im Heere offen stehen muß, ohne daß ich damit die Ansprüche herabsetze. Für die Offiziere verlange ich Abgangszugang einer Mittelschule. Jedem aber der jungen Leute, die in mein Heer eintreten, ist die Möglichkeit geboten, in den ersten beiden Jahren, neben seiner militärischen Ausbildung, sozial hinzuzulernen, daß er jenes Maß der Allgemeinbildung besitzt, um die Offiziersstelle zu bekleiden. (Beifall.) Richtig ist auch jeder Gemeinlabiturant zwei Jahre in der Truppe dienen, ehe er Offizier werden kann. Das Hunderttausendmann-Heer kann nur dann ein Volksherr werden, wenn in ihm Angehörige aller Stände dienen. Unsere Truppen an der Ostgrenze haben sich ausgezeichnet bewährt und bewiesen, daß man die deutschen Truppen nicht nach der Zahl einschätzen darf. (Starker Beifall.) Von unseren Gegnern verlangen wir, daß sie ebenfalls zur Überführung übergeben und sich zu den Grundfragen bekennen, die sie uns aufgeworfen haben. Es geht auf die Dauer nicht, daß wir unter einem Ausnahmezustand leben. (Beifall.)

Puttkamer sprach sich mit den Ausführungen Gehler nicht zufrieden und verlangte, daß der Parteitag die Gewähr haben müsse, daß bei der Reorganisation des Heeres nicht die republikanisch gelinnten Elemente ausgeschlossen werden. Die Partei könne es nicht dulden, daß gegebenenfalls die Gewehre in den Händen ihrer geringsten politischen Gegner sich befinden. Gehler brachte dem Vordredner eine glatte Abfuhr bei und erklärte unter dem Beifall der Versammlung, daß weiß sehr genau, was ich will und was ich will, das kann ich auch (na, na), aber ich bin nicht so leicht, um ein solches zu wollen, sondern nehme die Dinge, wie sie sind. Durch eine schroff herausgehobene Abneigung gegen das Offizierskorps wird das Heer niemals demokratisch gemacht. Mein persönlicher Standpunkt ist, daß ich allein die Verantwortung trage. Wenn die Partei nicht mehr mit mir zufrieden ist, so mag sie mich zurückrufen. Ich lehne es aber ab, mich degressiv zu lassen. Einen Ausschuß, der wir von der Partei als Kontrollorgan zur Seite gestellt würde, muß ich als undemokratisch ablehnen. (Beifall und Zwischen.)

Von der weiteren Aussprache sind die scharfen Angriffe des Abg. Heise-Hannover bemerkenswert, der sich gegen die preussische Zentralisierung wandte. Reichsminister a. D. Gohlschlag nahm Preußen in Schutz und betonte, daß gerade die Schaffung von Wirtschaftskörpern die Reichseinheit gefährde. Reichsminister Koch meinte, daß man mit der Deutschen Volkspartei in manchen Dingen

wohl einen Schritt zusammen tun könne, wenn auch eine Heirat noch nicht am Platze sei. (Zuruf: noch nicht!) Die Deutsche Volkspartei werde auf die Dauer ihre Zuspaltung in der Regierung und im Lande nicht aufrecht erhalten können.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag angenommen, wonach der Parteitag die Ausführungen Dr. Peterlens und des Reichswehrministers Gehler billigt. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag Bremen, der in den Vordergrund der politischen Tätigkeit den nationalen Gedanken stellt. Eine weitere Entscheidung fordert die Revision des Berliner Friedensvertrags. Der Antrag, der von Haubmann eingebracht wurde, fand gleichfalls Annahme.

In der Sonntag-Nachmittags-Sitzung stellte Abg. Dr. Wieland in einem Referat über die Not der deutschen Wirtschaft eine Reihe von Vorschlägen auf, die für die wirtschaftliche Politik der Partei bindend ist. Im Vordergrund steht die Förderung der Revision des Friedensvertrages von Versailles, der Forderung der deutschen Wahrung durch eine möglichst weitgehende Steigerung der Arbeit und der Vermehrung aller nicht unbedingt notwendigen Zentralisationen. In der daran anschließenden wirtschaftspolitischen Debatte entwickelte Dr. Wolther Kadenau-Berlin seine Pläne für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Eine freie Produktionswirtschaft sei die Forderung des Tages. Wir müssen und können unsere Produktion verdoppeln, indem wir den Wirkungsgrad der menschlichen Arbeit steigern. Gegenüber dem Zwangswirtschaft müssen wir zu einer Verdichtung und Durchordnung unserer Wirtschaft kommen. Der Wille zur Ordnung gibt sich in den großen Konzentrationen und Zusammenschlüssen unserer Industrie und Landwirtschaft. Die vertikale Erziehung unserer Wirtschaft hat in Deutschland bereits einen mächtigen Aufstieg genommen. Die Radikale dieser Entwicklung besteht darin, daß sich bei uns große Industriekomplexe befinden, die nach feinerer sozialer Zeichen tragen.

Der Gedanke der horizontalen Vereinigung ist bei uns noch im Anfang seiner Entwicklung. A. B. bei den chemischen Industrien die gewaltige Erfolge erzielt hat. Der Gedanke einer Arbeitsteilung von West zu West und von West zu Ost wird in seiner Verwirklichung zu einer ungeheuren Produktionssteigerung führen. Das Geheimnis der billigen amerikanischen Erzeugnisse beruht auf diesem System. In der sehr weitgehenden Ausführungen Kadenaus schloß sich eine Ausrede, in der von verschiedenen Seiten gegen die Kadenausche Theorien Bedenken geäußert wurden. Die Berliner fanden seine Ideen natürlich den laute und freudigsten Beifall. Am Sonntag wird die Aussprache weiter fortgesetzt.

Die Einleitung des Radarkanals.

In der am Samstag Nachmittag abgehaltenen Sitzung des Radarkommissars fiel die endgültige Entscheidung über die Einleitung des Radarkanals zwischen Heidelberg und Mannheim. Die Teilnehmer der Sitzung hatten sich verpflichtet, über die Beratungen Stillschweigen zu bewahren, da ein offizieller Verhandlungsbericht herausgegeben wird. Da nun eine Zeitung bereits Mitteilungen über diese Sitzung veröffentlichte, so teilen wir kurz mit, daß sich eine Mehrheit für die Ladenburger Linie und damit für den Entwurf der Regierung ergab. Unser technischer Mitarbeiter teilt uns über die nunmehr angenommene Ladenburger Linie nachstehendes mit:

Kurz oberhalb der Brücke der Oberrheinischen Eisenbahn in Heidelberg zweigt auf dem rechten Radarkufer ein Seitenkanal als Schiffs- und Kraftstraße ab, der beim Schwabenheimer Hof wieder in den Neckar einmündet. Der Neckar wird von Schwabenheimer Hof bis unterhalb Ladenburg durch Einbau eines Wehres unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Ladenburg gestaut und so als Schiffs- und Kraftstraße brauchbar gemacht. Von diesem Wehr zweigt wiederum ein Seitenkanal als Schiffs- und Kraftstraße ab, der nördlich von Döschheim den großen Radarkoggen bei Seddenheim schneidet, südlich von Feudenheim vorbeiführt und oberhalb des Mannheimer Krankenhauses wieder in den Neckar einmündet. Die Ladenburger Linie sah nach dem ursprünglichen Entwurf 3 Schleusen und zwei Kraftwerke vor. Nunmehr will die Regierung die beiden Schleusen auf Mannheim bemerkend zu einer vereinigen. Hierdurch wird wohl für die Schifffahrt eine Erhöhung der Betriebslänge erreicht, aber es müssen Nachteile in Kauf genommen werden, die entweder in einem tiefen Einschnitt des Neckars in das Gelände oder in einer starken Aufschüttung des Geländes und damit in einer großen Erhöhung der Verbindung von Feudenheim nach dem Neckar liegen wird.

Im übrigen werden wir auf die Einzelheiten des Projektes sowie seine Vor- und Nachteile, namentlich auch in Bezug auf die Bedeutung für Mannheim, in einem späteren Artikel näher eingehen.

Deutsches Reich.

Der kürzlich von uns erwähnte Regierungsvorschlag durch eine wöchentliche Abgabe von 10 Pfennigen seitens der Arbeiter und Angestellten und des gleichen Betrages des Arbeitgeberers eine Währungsunterstützung der Kleinrentner auszubringen, ist am Freitag im Unterausschuß des sozialpolitischen Ausschusses (Vorsitzender Abg. Dr. Wolden-hauer) angenommen worden. Ueber diese sowie über weitere Maßnahmen in der gleichen Richtung soll am nächsten Donnerstag in dem Vollausschuß verhandelt werden.

Badischer Landesverband des deutschen Rentnerbundes. (Freiburg, 10. Dez.) Der Badische Landesverband des deutschen Rentnerbundes hielt vor wenigen Tagen hier seine aus allen Teilen des Bundes bestehende 1. Tagung ab. Der Vorsitzende des Bundesverbandes, Dr. Wegener, gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Rentnerbewegung und betonte als Grundzüge für eine Unterstützungspolitik zu Gunsten der Rentner die moralische Verpflichtung des Staates für die Folgen der eigenmächtigen Abschaffung der Goldwährung einzustehen. Weiterhin besprach der Vorsitzende die von ihm angeregte Hilfe durch Gewährung von Rentenortlohen auf Lebenszeit bezug auf eine bestimmte Anzahl von Jahren gegen Verpfändung von Effekten, um dadurch der Not zu steuern. Bei Kleinrentnern soll das Rentenbarthen das laufende Einkommen bis zum Existenzminimum erhöht werden und die Rückforderung bis zu seinem Tode, ebenso wie etwa über bestehende Beiträge von den Erben ausgeschlossen sein. Im weiteren Verlauf der Tagung wurden rein sachliche Anwesenheiten erledigt. Dr. Wegener wurde zum Vorsitzenden wiedergewählt.

Letzte Meldungen.

Die deutschen Kohlenlieferungen im November. Paris, 12. Dez. (WB.) Nach einer offiziellen Meldung im Wiederermittlungsausschuß hat Deutschland im Monat November d. J. 1 814 864 Tonnen Kohle abgefördert. Hieraus erhielten Frankreich 1 242 974 Tonnen Kohle, Belgien 217 687 Tonnen, Dänemark 225 351 Tonnen und Dänemark 128 852 Tonnen. Der Wiederermittlungsausschuß tritt ferner mit den Vertretern der deutschen Regierung verhandelt ausenblicklich mit dem Wiedermittlungsausschuß über das zukünftige Kohlenlieferungsprogramm nach Ablauf des Spaer-Abkommens.

Berlin, 13. Dezember. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber das Befinden der Kaiserin erzählt der „Bot. Anz.“, daß die akuten Anfälle sich seit einer Woche nicht wiederholt haben. Das ändert jedoch nichts am Ernst des Zustandes, bei dem eine dauernde Heilung eben ausgeschlossen ist.

Konstantinopel, 12. Dez. (WB.) Die Brangellische Kriegsflotte, bestehend aus 30 Schiffen, hat die Fahrt nach Afrika angetreten.



# Handel und Industrie.

## Das Gesetz über Telegraphen- und Fernsprechtgebühren.

Die Handelskammer Mannheim hat in ihrer Eigenschaft als Vorort des Badischen Industrie- und Handelstages an das Reichspostministerium eine Eingabe in obigem Betreff gerichtet und den Antrag gestellt, den einmaligen Fernsprechtsbeitrag für private (von der Post nicht geführte) Nebenanschlüsse herabzusetzen. Daraufhin ist der Handelskammer vom Reichspostminister der nachstehende Bescheid vom 6. Dezember zugegangen: „Der nach § 10 der Fernsprechtgebührenordnung vom 29. Dezember 1899 (in der durch das Gesetz vom 6. Mai 1920 geänderten Fassung) — Reichsgesetzblatt Seite 894 — von dem Fernsprechteilnehmer zu erhebende einmalige Beitrag in Höhe von 1000 M. für jeden Hauptanschluß und 200 M. für jeden Nebenanschluß ist nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht eine Gebühr für eine bestimmte Leistung, sondern soll zum Ausbau des allgemeinen Fernsprechnetzes dienen. Die Zahlung des Beitrages ist Vorbedingung für die Belassung der bestehenden und die Herstellung neuer Anschlüsse. Zwischen Nebenstellen, die von Reichs wegen und solchen, die von Privaten hergeleitet sind, ist im Gesetz kein Unterschied gemacht worden. In der Begründung ist vielmehr ausdrücklich hervorgehoben, daß der einmalige Beitrag auch für private Nebenanschlüsse erhoben werden soll. Er wird von der Reichs-Telegraphenverwaltung verzinst und bei Aufhebung der Anschlüsse zurückgefordert.“

Dem Antrage auf Herabsetzung des einmaligen Beitrages für Privatnebenstellen läßt sich somit nicht entsprechen.“

### Bierbrauerei Durlacher Hof A.-G. vorm. Hagen, Mannheim.

Nach dem Bericht für das mit dem 30. September abgelaufene Geschäftsjahr 1919/20 brachte das vergangene Jahr nicht nur die erhoffte Erleichterung, sondern die Schwierigkeiten steigerten sich während desselben noch weiter. Die Gestenutzung betrug nur knapp 5% des Friedensverbrauches. Der starke Absatzrückgang infolge der Leichtbiere im Verein mit den gänzlich unzulänglichen Verkaufspreisen, sowie die durch die Zeitverhältnisse bedingte gewaltige Erhöhung der Löhne, Gehälter, Steuern und aller anderen Unkosten beeinträchtigten die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens höchst nachteilig. Um eine bessere Grundlage für die kommenden Jahre zu finden, erwarb die Gesellschaft Kontingente, darunter das der Brauerei H. J. Rau hier. Deren Grundstücke Käferthalerstraße 181/183 sind ebenfalls auf sie übergegangen, wodurch sich das Immobilienkonto entsprechend veränderte. Zur Stärkung der Betriebsmittel wurde bekanntlich während des Geschäftsjahres eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 1 Million M., ebenso die Aufnahme einer weiteren Obligationenleihe in Höhe von 800 000 M. vorgenommen.

Die Aussichten für die badische Brauindustrie im laufenden Geschäftsjahr sind höchst traurig, da bei einem nahezu gänzlichen Versagen rechtzeitiger entsprechender Versorgung mit Inlandsgerste die Möglichkeit genommen ist, auch nur einigermaßen eine Rentabilität der Betriebe zu erzielen. Die Beschaffung von Auslandsgerste zu unerschwinglich hohen Preisen kann hieran nichts ändern.

Nach Abzug von 1 460 659 M. (800 188 M.) Gesamtkosten und nach 28 254 M. (28 509 M.) Abschreibungen verbleibt einschließlich 25 443 M. (23 730 M.) Vortrag ein Reingewinn von 163 286 M. (230 925 M.).

Die Bilanz verzeichnet bei einem auf 1 Million M. (0,80 Mill. M.) erhöhtem Aktienkapital sowie bei 191 500 M. (209 000 M.) Obligationen I (von 1890) und 800 000 M. (0) Obligationen II (von 1920) Kreditoren in Höhe von 830 856 M. (900 707 M.); Hypotheken erscheinen mit 560 000 M. (110 000 M.). Deren Posten stehen auf der Seite der Aktiva gegenüber: Debitoren mit 1 162 770 M. (968 286 M.), Vorräte mit 768 835 M. (126 762 M.). Das Immobilienkonto erhöhte sich auf 1 668 740 M. (1 270 165 M.), die Wirtschaftswesen stehen mit 110 870 M. (169 470 M.), Maschinen- und Gerätschaften mit 223 385 M. (75 350 M.) zu Buch. Generalversammlung 16. Dez.

**Löwenwerke A.-G. Heilbronn.** Die a.-o. G.-V. beschloß für das 9 Monate umfassende Geschäftsjahr 1919/20 eine Dividende von 8% zu verteilen und das Kapital von 3 Mill. auf 6 Mill. M. durch Ausgabe von 3 Mill. M. neuer Aktien zum Kurse von 110% zu erhöhen. Die Durchführung der Kapitalerhöhung erfolgt durch die Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G. und die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G. Mannheim. Im Verlauf der Hauptversammlung wurde mitgeteilt, daß das von der Gesellschaft hergestellte Mittel „Athanal“ zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche erfolgreich zur Anwendung gekommen ist. Nach Ausbreitung der württembergischen Regierung werden noch größere Versuche in ihrem Auftrag ausgeführt werden.

**Kaliwerke Aschersleben.** In der a.-o. G.-V. in der 8 790 000 Stammaktien und die 2,5 Mill. M. Vorzugsaktien vertreten waren, wurden die Anträge auf Kapitalerhöhung genehmigt. Danach wird das Kapital, das bisher insgesamt 23 Mill. M. betrug, auf nunmehr 38,5 Mill. M. erhöht. Die nach Beschluß der G.-V. vom 15. April d. J. ausgegebenen 2,5 Mill. M. Vorzugsaktien werden in Stammaktien umgewandelt, 10 Mill. M. neue Stammaktien ausgegeben und 3,5 Mill. 6proz. Vorzugsaktien mit achtfachem Stimmrecht, die den bisherigen Vorzugsaktionären nicht unter 10% angeboten werden sollen, neu geschaffen. Sämtliche Aktien sind ab 1. Januar nächsten Jahres voll dividendenberechtigt. Die Kapitalerhöhung wurde damit begründet, daß man die Betriebe der Kaliwerke, wie die Braunkohlengrube, die in der Hauptsache zur Deckung des eigenen Kohlenbedarfes erworben wurde, ausbauen wolle.

**Absatzmöglichkeiten für deutsche Präzisionswagen in Argentinien.** Ueber Absatzmöglichkeiten für Präzisionswagen in Argentinien wird der „Ind.- u. Hds.-Ztg.“ berichtet: Der Umstand, daß sich die argentinischen Anträge auf Lieferung von Präzisionswagen noch nicht wieder in derselben Höhe wie vor dem Kriege eingestellt haben, ist weder auf eine Eroberung des Marktes durch andere Länder, noch auf die Entwicklung einer entsprechenden Industrie in Argentinien zurückzuführen, sondern auf einen Bestand an ausländischen Waren, der immer noch am Platze ist. Deutsche Präzisionswagen werden, wie alle deutschen Erzeugnisse der Feinmechanik ihr früheres Absatzgebiet in Argentinien unbedingt wiedergewinnen.

**Günstige Aussichten für den Handel mit Bulgarien.** Der österreichische Kommissar für den Warenverkehr mit Jugoslawien, der kürzlich von einer Reise nach Sofia zurückgekehrt ist, glaubt, daß die deutsche Ausfuhr nach Bulgarien einen bedeutenden Aufschwung nehmen wird, zumal das Land die Kriegsfolgen verhältnismäßig rasch überwindet und die handelsrechtlichen Maßnahmen demnächst aufgehoben werden dürften.

**Aufhebung der Höchstpreise für Kartoffelerzeugnisse.** Die Verordnung über Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffel- und Getreideindustrie und der Kartoffelstärkefabrikation wird laut Bekanntmachung im gestrigen „Reichsanzeiger“ mit dem 11. d. Mts. aufgehoben.

### Neueste Drahtberichte.

— **Kaiserslautern, 13. Dez. (Priv.-Tel.)** Kammgarn-Spinnerei Kaiserslautern. In der a.-o. G.-V. wurde die beantragte Erhöhung des Grundkapitals um 4 Mill. M. durch Ausgabe von Stammaktien auf 8,30 Mill. M. einstimmig beschlossen. Die neuen Aktien werden von der Rheinischen Creditbank

Freilich Zeit näher vorlegte. Am Tage der Demonstration seien nachmittags Arbeiterdeputationen in seinem Anwesen erschienen, um ihn zu einer Ansprache an die im Rathaushof versammelte Menge zu veranlassen, was auch erfolgte, worauf er weiter aufgefordert wurde, auch auf dem Marktplatz zu reden. Durch die etwa 30 000 Köpfe starke Menge sei es unter lebensgefährlichem Gedränge vorwärts gegangen, gefolgt durch Arbeiter-Drängungsleute rechts und links. Johnhens Jurats, Bedrohungen und Schimpfworte begleiteten den Zug. Die Stimmung sei aber erst angriffslustig geworden, als nach ihm weitere Redner aufreizend sprachen. Schließlich mußte der Zeuge in ein Hutgeschäft flüchten und sich über zwei Dächer mit Hilfe von Leitern und Unterstützung von älteren Arbeitern in Sicherheit bringen.

Die Arbeiterführer Sittlinger und Haushalter verbreiten sich über die Demonstration und ihre Gründe. Hier die Rundgebung eigentlich als verantwortliche Vertretung veranlaßt, ist nicht klar. Beide zeigten sich u. a., wie sie insbesondere für den persönlichen Schutz des Oberbürgermeisters durch Bildung einer Arbeiterkorde eintraten, die Menge aber vergeblich zum Auseinandergehen und Räumen des Platzes ermahnten. Sittlinger machte sich um sofortige Eindämmung der Vandalen in der Ludwigstraße verdient. Der U.S.R.-Führer Haushalter war den rabaukuffigen Elementen nicht radikal genug, seine Ansprache wurde mit Zurufen: „Halt' Maul, das ist auch so ein Bremser“ usw. begleitet. Zahlreiche weitere Zeugen ergänzen teils zu Gunsten, teils zu Ungunsten der Beschuldigten, alles Leute von 18 bis etwa 35 Jahren, das Bild der Ausschreitungen.

Der erste Sitzungstag schloß abends 8 Uhr, für den zweiten waren vormittags und nachmittags zwei weitere Gruppen von etwa 45 Zeugen geladen. Die fortgesetzten Vernehmungen ergaben wiederholt, daß es jugendliche Burschen waren, die mit den Vandalen zusammen kamen, und daß Arbeiter sich bemühten, das geraubte Gut den Dieben wieder abzugeben und es in die Ladenfenster zurückzuwerfen. Diese Tätigkeit wurde aber angesichts der Kleinmenge immer ausfallslos. Jugendlichere Schreier im Alter von 15 und 16 Jahren wurden Steine aus den Taschen gezogen, die schon vor Beginn der Rundgebungen zum Einwerfen von Scheiben mitgenommen worden waren. Auch mit Steinen, Holzküden und Eichenästen wurden Fenster zertrümmert. Im Geschäft Joos arbeiteten die Vandalen noch weiteren Befindungen am ausgiebigsten, hier ging es zu wie in einem Hiemenhaus, ständig strömten beladene Deute heraus und andere hinein. Aus den zerklüfteten Schaufenstern wurden die Waren herausgerückt oder in die Menge geworfen, auf der Straße Konfervenbüchsen aufgeschlagen, der Inhalt verteilt. Vielfach hätten auch auswärtige Arbeiter an der Demonstration und den Ausschreitungen teilgenommen, die nach Schluß sich auf die Eisenbahn begaben, jedoch die Ermittlung Schuldiger hierbei besonders erschwert war. Vollständige Hausdurchsuchungen entpanden hinsichtlich der Zuzugewanderten von fremdem Gut ebenfalls nicht den Erwartungen. Viele der vernommenen Zeugen können bestimmte Angaben über die Anteilnahme der Angeklagten an dem Tumult nicht mehr machen, der Wortlaut der ausfragenden Nebenarten wird bisher ebenfalls nicht genau festgestellt.

**V. Zweibrücken, 12. Dez.** Die weiteren Zeugenvernehmungen verurteilten das Bild immer mehr, demzufolge die Mehrheit der Angeklagten sich bewußt und mit voller Ueberlegung an den Ausschreitungen beteiligten. So hatte Köber schon vor Beginn der Hauptverhandlung, an der Spitze Gleichgesinnter in das Geschäftshaus Merkur eindringen, doch mußte er, da das Eingangstür bereits abgeschlossen war, weitergehen. Bei ihm handelt es sich um eine besonders gefährliche Persönlichkeit, wie die Vorstrafenliste ausweist, neben ihm sind noch 8 weitere Mitangeklagte hauptsächlich wegen Eigentumsdelikten verurteilt. Auch die ansehnliche, aufgebende Tätigkeit von Uhl und Rieder wird immer mehr erachtet, während Hauptmann seinem Namen Ehre machte, er war der Hauptmann eines auf Vandalen ausziehenden Haufens. Die meisten Angeklagten zeigten keine Spur von Reue. Einer hielt wiederholt ein Schloßchen ab, andere sind mit ungehörigen Bemerkungen bei der Hand, unbehagliche Zeugen werden des Meineides verdächtigt, einer der Beschuldigten bemerkt nach der Aussage eines Schwärmers sogar: „Der gehört Arm an Arm mit mir gefesselt“. Für nicht weniger als 4 wurde die übliche geistige Winderwertigkeit geltend gemacht.

**Staatsanwalt Erb** sandte seiner Anklage u. a. voraus, daß es angesichts der Stimmung in der Bevölkerung am 24. Febr. eine gewagte Sache, Sehtausende auf die Straße zu führen, deren geordneten Ausmarsch aus den Fabriken die Führer zwar organisieren konnten, während die Ausschreitungen machlos gegenüberstanden. Tief bedauerlich sei das Bild, das auch hier wiederum die Jugend gebe, die die ihr zuteil gewordene Freiheit in Freiheit umsetze und sich über Recht, Gesetz und Autorität leichtfertig hinwegsetze, die an derartigen Demonstrationen nur teilnahme, um Standal, Senfalten und Ausschreitungen zu verüben. Wenn diesen jugendlichen Burschen einer der disziplinierten älteren Arbeiter entgegengetrat, habe es gleich geheißen: Schlagt ihn tot, das ist auch so ein Kerl, der bremst u. dgl.

Abends nach halb 10 Uhr wurde das Urteil, nachdem sich der Saal mit Zuschauern bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, verkündet. So erhielten Köber 8 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust bei Zulässigkeit der Vollzeitschlicht, Uhl 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Rieder und Hauptmann je 3 Jahre Gefängnis, ferner je 2 Jahre Gefängnis Bang, Schmaab, Wetzel, Schöffner, Kohl, Müller, Rau o und Stuhlmann, Frau Kripp 1 1/2 Jahre, Konrad 8 Monate Gefängnis; freigesprochen wurden Lörr, Blisch und Jäuner. Gegen den nicht erschienenen Walter wie gegen sämtliche Berufte erging Haftbefehl. Ein hartes Gendarmereueaufgebot nahm die Festnahme der Berufte vor, die aneinandergesetzt abgeführt wurden, wobei Köber ein Abschiedslied anstimmte.

**Neustadt l. Schw., 9. Dez.** Wie noch erinnertlich sein dürfte, waren im Sommer d. Js. in verschiedenen Gegenden des Schwarzwaldes Viehtransporte von der Arbeiterschaft angehalten worden, in der Annahme, das Vieh werde ins Ausland verschoben werden. Die Freiburger Strafkammer hatte sich nun mit einem solchen Vorfall beschäftigt. Der Verurteilte gab dabei der Ansicht Ausdruck, daß die Arbeiter des Gewerkschaftsvereins Neustadt, die 7 Schafschlächter angehalten und beschlagnahmt hatten, nicht aus selbständigen Motiven zu ihrem Vorgehen bestimmt worden waren. Die angeklagten Arbeiter wurden zu je 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

ausgewählten Nachlasses gezeigt, die bisher im Privatbesitz der Witwe des verstorbenen Kunsters waren. Außerdem zeigt die Weihnachtsausstellung der Galerie Rud. Werts von: H. Thoma, W. Trübner, F. A. Bang, A. Hill, A. Wirtel, F. W. Beckstein, E. Hofner, F. Grenthold, H. Hauke, H. Hildenbrand, H. Gochl, K. Stübner usw. Im Graphischen Kabinett findet man Arbeiten von: W. Weib, F. H. Thoma, R. Liebermann, E. Corchia, H. Reid, R. Steeger, K. Kollwitz, K. Gaus, W. Schindler, V. Haim, Th. Schindler, W. Baentig, A. Drex, R. Winder, H. Kupferichmidt usw. Die Ausstellung ist vor Weihnachten geschlossen von morgens 10 bis abends 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr und von 2 bis 4 Uhr. Eintritt frei.

**Theater in Baden-Baden.** Eine schöne Weihnachtsvorstellung wurde unter Jugend am Samstag-Abendmorgen bereitet durch die erstmalige Aufführung des Weihnachtsmärchens „Prinzessin Herzlieb“ von Erica Grupp-Förcher. Die Kleinen und Kleinen waren außerordentlich zahlreich erschienen und folgten mit Aufmerksamkeit den Vorgängen auf der Bühne, die für sie etwas ganz Neues waren. Die Verfasserin darf jedenfalls das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, mit ihrem Bühnenwert der Jugend eine schöne Weihnachtsfreude bereitet zu haben und der Dank der Kleinen kam zum Ausdruck durch den reichen Beifall, der den Darstellern gependet wurde.

**Hochschulnachrichten.** Schmitzrat Prof. Dr. Sachau, der bereits vor einigen Monaten von der Leitung des Seminars für orientalische Sprachen an der Universität Berlin zurückgetreten ist, ist nunmehr auch von seine Emeritierung als Ordinarius für orientalische Sprachen in der Berliner philol. Fakultät eingetommen. — Das Ordinariat der Chemie an der Braunschweiger Universität ist dem berühmten Professor an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, Dr. Julius v. Braun angeboten worden.

Filiale Kaiserslautern übernommen und den alten Aktionären von 1 zu 1 20/100% angeboten.

**Berlin, 11. Dez. (WB.)** Carl Lindström A.-G. Die Verwaltung der Gesellschaft wird der am 28. d. M. stattfindenden a.-o. G.-V. vorschlagen, das jetzige Grundkapital von 12,5 Millionen M. zu verdoppeln. Die neuen Aktien sollen unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre einem Konsortium unter Führung der Nationalbank für Deutschland überlassen werden mit der Verpflichtung, sie den bisherigen Aktionären zu 140% im Verhältnis von 1 zu 1 anzubieten.

**Berlin, 11. Dez. (Eig. Draht.)** Ford in Deutschland. Zu ihrer Absicht, mit Ford zusammenzuarbeiten, teilt die Firma Ehrlich u. Graetz mit, daß der Plan der Ford-Compagnie darin besteht, hier eine Fabrik zu errichten und solche Fabrikanlagen zur Herstellung der Teile hinzuzuziehen. Alles Kapital, das die Ford-Compagnie nach Deutschland bringt bleibt in Deutschland, ebenso jeder Gewinn, der aus diesem Unternehmen erwächst. Das Unternehmen wird der deutschen Regierung gegenüber steuerpflichtig sein. Die Ford-Industrie wird nicht allein Deutschland beliefern, sondern alle europäischen Staaten.

**München, 11. Dez. (Eig. Draht.)** Fusion Löwenbräu-Unionbrauerei München. Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen der Aktienbrauerei Löwenbräu und der Unionbrauerei Schlein u. Co. A.-G. haben gestern zu dem Beschluß der beiderseitigen Verwaltungen geführt, die Fusion dieser beiden Brauereien bei dem auf den 3. Januar einzuberufenden beiderseitigen a.-o. G.-V. zu beantragen. Die Unionbrauerei wird mit der ihr angefallenen Münchner Kindlbrauerei unter Ausschluß der Liquidation mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 von der Aktienbrauerei München übernommen. Der Aktienaustausch soll im Verhältnis von 4 zu 3 erfolgen, nämlich in der Weise, daß auf je zwei Löwenbräu-Aktien zu je 1000 M. eine neue Unionbräu-Aktie zu 1500 M. gegeben wird. Außerdem haben die Unionbräu-Aktionäre noch eine Aufzahlung von 10% (mit 100 M. pro Aktie) zu leisten. Diese Aufzahlung erfolgt jedoch nicht tatsächlich, sondern wird dadurch ausgeglichen, daß die Unionbräu-Aktien erst ab 1. Oktober 1920 an dem Löwenbräu-Ertragsdividendenberechtigt sind, während der zur Ausschüttung einer Dividende vorgesehene Teil des Ertrages der Unionbrauerei für das Jahr 1919/20 der aufzunehmenden Gesellschaft zur teilweisen Deckung der Fusionskosten zufließt. Gegen nominal 670 Mill. M. Unionbräu-Aktien werden also 5 Mill. und 25 Mill. M. Löwenbräu-Aktien gewährt, die für das Geschäftsjahr 1920/21 voll dividendenberechtigt sind.

**München, 11. Dez. (Eig. Draht.)** G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei A.-G., München-Regensburg. Die a.-o. G.-V. hat einstimmig die Erhöhung des Aktienkapitals von 450 000 auf 1,20 Mill. M. beschlossen, ebenso die entsprechende Statutenänderung. Die 450 neuen Aktien werden von der Dresdner Bank, Filiale München, übernommen mit der Verpflichtung, davon den alten Aktionären 250 Stück zu 112% derart anzubieten, daß auf drei alte Aktien eine neue entfällt.

**München, 12. Dez. (Eig. Draht.)** Lech-Elektrizitätswerke A.-G., Augsburg. Die gestrige G.-V. setzte die Dividende auf 8% fest und genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 30 Mill. M. auf 60 Mill. M. Die jungen Aktien werden von der Elektrizitäts-A.-G. W. Lahmeyer in Frankfurt zum Kurse von 118% übernommen mit der Verpflichtung, die von 20 Mill. den alten Aktionären zum Kurse von 125% im Verhältnis von 3 zu 2 anzubieten, 10 Mill. M. werden zum Zwecke der Beteiligung von Staat, Reich und Gemeinden zurückgehalten und diesen ebenfalls zum Kurse von 125% anzubieten. Die Stadt Augsburg hat bereits die Uebernahme von 2 Mill. M. jungen Aktien zugesagt. Dem Werk soll der Charakter eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens gegeben werden.

**Frankfurt, 12. Dez. (Eig. Draht.)** Abschlüsse. Die Max Hasse u. Co., Berlin, schlägt 10% (i. V. 5%) vor. — Nach dem Prospekt der G. Sinner A.-G., Karlsruhe, schließt die Gesellschaft, daß die Ergebnisse für 1920 befriedigend ausfallen dürften. — Die Schliesische Handelsbank setzt die Dividende auf 7% fest. — Die Brasilianische Bank für Deutschland schlägt 15% vor.

**London, 13. Dez.** Silber 40% d., Gold —.

**Washington, 12. Dez.** Gründung einer Außenhandels-Korporation in den Ver. Staaten. Die Konferenz für den Außenhandel beschloß die Gründung einer Korporation für den Außenhandel mit einem Kapital von 100 Mill. Dollars, um den durch die europäischen Wechselkurse gefährdeten Außenhandel der Vereinigten Staaten zu schützen.

### Wasserstandsbeobachtungen im Monat Dezember

Pegelstation von Rhein	Datum						Bemerkungen
	8	9	10	11	12	13	
Schutterdeisel	0,33	0,43	0,29	0,28	0,32	0,18	Niedrig 8 Uhr
Kehl	1,47	1,43	1,28	1,28	1,27	1,27	Niedrig 8 Uhr
Waxau	2,01	2,29	2,23	2,20	2,27	2,24	Niedrig 8 Uhr
Mannheim	1,79	1,73	1,72	1,67	1,64	1,62	Niedrig 8 Uhr
Wald	0,23		0,23		0,21		Niedrig 8 Uhr
Kehl		0,08		0,08			Niedrig 8 Uhr
<b>vom Neckar:</b>							
Mannheim	1,85	1,81	1,78	1,78	1,64	1,62	Vorm 7 Uhr
Heilbronn	0,33	0,32	0,32	0,30	0,29	0,28	Vorm 7 Uhr

Windstill, Besetzt — 8.

### Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

Unbest. Hochdruck wird schließlich vorüber.  
 14. Dezember: Niederschläge, wolkig, nachts Frost.  
 15. Dezember: Weniger Niederschläge, sonst kaum veränderl.  
 16. Dezember: Veränderl., kalt.  
 17. Dezember: Trübe, teils Niederschlag, Sturmflut.  
 18. Dezember: Trübe, kalt, windig, kolkig.

### Witterungsbericht.

Daten	Barometrischer Stand morgens 7 Uhr mm	Temperatur mittags 7 Uhr Grad C.	Tiefste Temp. in der Nacht Grad C.	Niedrigste Temp. in der Nacht Grad C.	Niedrigste Temp. des Vortages Grad C.	Wind	Bemerkungen
7. Dezember	756,4	1,8	1,0	1,8	5,0	SE 2	Wolkig
8. Dezember	760,8	1,8	1,1	—	4,3	SE 2	Wolkig
9. Dezember	758,7	0,4	0,0	2,5	3,4	SE 2	Wolkig
10. Dezember	758,1	-0,9	-1,2	7,2	2,4	SE 2	Wolkig
11. Dezember	753,2	-3,5	-3,8	—	0,3	SE 2	Wolkig
12. Dezember	752,2	-1,8	-2,4	2,0	2,4	SE 2	Wolkig
13. Dezember	750,0	-1,2	-1,5	—	-0,5	SE 2	Wolkig

**Querschnittleitung:** Dr. Fritz Goldenbaum.  
 Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Goldenbaum; Dr. Heilmann; Dr. Möhring; für Fotos und den übrigen redaktionellen Inhalt: Richard Schönlender; für Druck: Dr. H. Reppel; für Anzeigen: Carl Ogel.  
 Druck und Verlag: Tredeker Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger.  
 G. v. h. S. Mannheim, K. 6. 2.

**Formamin-Tabletten**  
 E 118 vernichten die Bakterien in Mund und Rachen und gewöhnen  
**Schutz vor Ansteckung**







# In letzter Stunde vor Weihnachten

## Ein Waggon Steingut enthaltend passende Geschenke für den Haushalt

Waschgarnituren	Küchenservaturen	Salatschüsseln
moderne Formen	moderne Formen	grosse, weiss, im Satz
creme, 3 teilig . . . . . 48.—	gold dekor., 16 teilig . 210.—	weiss, Satz = 7 Stück 25.—
bunt dekor., 3 teilig . . 85.—	gold dekor., 22 teilig . 250.—	weiss, Satz = 4 Stück 8.75
gold dekor., 3 teilig . . 145.—	bunt dekor., 16 teilig . 175.—	bunt, dekor. = 4 Stück 11.50
bunt dekor., 5 teilig . . 95.—	bunt dekor., 22 teilig . 215.—	bunt, dekor. = 6 Stück 25.—
mit Golddekor., 5 teilig . 135.—		

Marmelade-Dose bunt dekor. mit Deckel 5.50 Kaffee- u. Zuckerdosen mit Aufschrift 6.50 Porzellan-Kaffee-Service dekor. f. 6 Pers. 42.—  
 Blumen-Ampeln Majolika . . . . . 17.50 Tee- u. Kakaodosen mit Aufschrift . . . 3.50 Porzellan-Kaffee-Service dek. f. 2 Pers. 19.50

**Modern dekorierte Tee- u. Eßservice in reicher Auswahl**  
**Fortsetzung unseres billigen Damenmäntel-Verkaufs.**

Restbestände:  
**Peddigrohrmöbel**  
 zu Ausnahmepreisen.

# SCHMOLLER

Taschenlampen - Batterien  
 Qualitätsmarke „Thuringia“  
 Niederlage  
 für Wiederverkäufer.

### National-Theater Mannheim.

Montag, den 13. Dezember 1920.  
 20. Vorstellung in Rieck, Hotel A (für II. Bereich A 15)  
**Der Chauffeur Martin**  
 Eine Erzählung in fünf Akten von Hans T. Reiff.  
 In Szene gesetzt von Hanns Rog.  
 In den Hauptrollen:  
 Martin — Gebel; Seine Frau — Hel. Berger;  
 Müller — Albert; Binzen — Rose; Philipp —  
 Palmer; Wirt — Käfer; Ilse — Hel. Doerner;  
 Student — Engel; Richter — Hermann-Hubli.  
 Anfang 7 Uhr. Keine Preise. Ende nach 9 1/2 Uhr.

### National-Theater.

Am Freitag, den 17. Dezember findet im  
 Bühnensaal des Hofgartens eine Aufführung  
 des Teuerpreiels

### „Julius Cäsar“

von Shakespeare als Bühnenaufführung seit  
 aller Tage werden den Gemerkheiten  
 Mannheims überlassen, das weitere Mittel wird  
 an Gängelern auf schriftliche Bestellung ab-  
 gegeben. Die Zustellung von Einzelkarten an  
 Einzelbesteller erfolgt durch Bestellung. Einzel-  
 bestellungen müssen bis spätestens Dienstag, den  
 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr schriftlich durch  
 Postkarte mit Rückantwort eingereicht werden.  
 Die Ausgabe der zugestellten Karten erfolgt  
 für die Gemerkheiten von Mittwoch, den 15. Dez.,  
 für die Einzelbesteller von Donnerstag, den 16.  
 Dezember jeweils vormittags 11 Uhr ab während  
 der Rollenstunden. 41

### Künstlertheater „Apollo“ Letzte 3 Tage

Montag, heute Montag.  
 9 Uhr Preisverteilung der  
 Schachwettkonkurrenz. 3 Hauptpreise, 1. Preis  
 300 M., 2. Pr. 200 M., 3. Pr. 100 M. Pflanznahme.

### „Die neue Köchin“

Vorführung von 3 Puhlkums-Filmen. 5122

**Die Todesfahrt  
 des weißen Häuptlings**  
 Wild-West-Drama in 6 Akten.  
**Der Edelweißkönig**  
 Drama aus den Bay. Bergen  
 in 5 Akten 5251  
 von Ludwig Ganghofer.

### Karl Will der überall beliebte Humorist

mit seinem durchschlagenden Repertoire, empfiehlt  
 sich den Vereinen, Festlichkeiten usw.  
 Sessverhältnisse bevorzugt \*3009  
 Verbandsmitglied des S. A. G.  
 Mannheim, Schweitzerstr. 164.  
 Auswärts nur Sonntags wenn Bahnverbindung.

### „Ostertag“

### Kassen-Schränke

General-Vertreter:  
**Herm. Hauer, L 13, 4. Tel. 7276.**

## Ohne Kohlen!



FÜR DIE  
 WOHNUNG  
 FÜR DAS  
 KONTOR  
 FÜR DIE  
 GESCHÄFTS-  
 RÄUME.

**WINTERSONNE**  
 ELEKTRISCHER HEIZAPPARAT  
 FÜR JEDE STROMSPANNUNG  
 X X STARKE HEIZKRAFT  
 X X GERINGER STROMVERBRAUCH  
 SAUBER & PRAKTISCH & BILLIG

Vorführung durch 5191  
**Bürohaus S. Gutmann**  
 D 5, 4 gegenüber d. Börse. Telephon 2143.

Auf keinem Weihnachtstisch fehle  
 eine Flasche echtes  
**Schwarzwälder Kirschwasser**  
 Das beste „Grieschwässerle“  
 kaufen Sie im  
**Schwarzwaldhaus E 2, 45**  
 und am Tattersall.

für die gesamte  
**Drucksachen Industrie**  
 liefert prompt  
 Drukerei Dr. Haas, G. m. b. H., Mannheim • E 6, 2

## Loden



Das geeignetste Tregem für Haus,  
 Beruf, Jagd, Sport und Straße ist  
 unsträflich ein aus Loden gefertig-  
 tes Kleidungsstück.  
 Sein Vorzug besteht in der Ver-  
 einigung von Solidität u. Zweck-  
 mässigkeit, weil man Loden-  
 stoffe nur aus haltbaren,  
 wasserdichten Stoffen fertigt, um  
 solchen den besten Schutz gegen  
 jede Witterung zu geben.  
 Wir haben unser Lager in diesem  
 Artikel bedeutend vergrößert u.  
 sind mit unserer Riesenauswahl  
 insofern, allen Geschmacks-  
 richtungen in Bezug auf Farbe  
 und Schnitt Rechnung tragen zu  
 können.

Loden-Joppen:  
 75.-, 95.-, 130.- 165.- bis 255.-  
 Loden-Mäntel:  
 115.- 195.- 216.- 254.- bis 345.-

**Gebrüder Wronker**  
 Mannheim, Marktecke, S 1, 1.

### Neu eröffnet!

**Zahn-Atelier Sieberling**  
 M 2, 9 Sprechstunden:  
 Vormittags 8 1/2 bis 127 nachmittags. M 2, 9

5176  
**Elektromotore und Dynamos**  
 in jeder Spannung und Größe komplett mit  
 allem Zubehör liefert ab Lager lieferbar.  
 Installationsmaterialien 5178  
**Georg Merkel G. m. b. H.**  
 Ingenieurbüro für Elektrotechnik  
 Mannheim, Waldparkdamm 3  
 Tel.-Nr.: Elektromerkei

### Apollorestaurant

Heute 7 1/2 Uhr  
**Unterhaltungs-  
 Abend**  
 bei  
**freiem Eintritt**  
 Geschwister Kaufmann  
 Wolff Lindau  
 Mia Perla. 5190

### Korsetten

werden nach Maß neu  
 angefertigt, mit und ohne  
 Brust, gemessene u. re-  
 ferenz fämtliche Damen-  
 Wäsche bei höchster  
 Bedienung und billiger  
 Berechnung 5194  
 Mittelstraße 31a, 21.

### Klub- und Leder-Möbel

Mannheimer Kunst-  
 Werkstätten  
 C 2, 20.

### Schneiderin

nimmt noch Kundinnen an  
 Zahnstraße 16  
 bei Köhler. \*3174

### Nähmaschinen

repariert Kundinnen  
 L. F. S. Tel. 3405 5126

### Verloren.

1 Nerz-Pelzschulter-  
 Kragen  
 von N 7 nach F 2 am  
 Freitag abend verloren.  
 Gegen gute Belohnung  
 abzugeben.  
 Wer? sagt die Gestalt-  
 heile dieses Wänter  
**Seal-Pelzmütze**  
 auf dem Wege von C 1  
 zu D 1 aber von dort zur  
 Hauptpost  
 verloren.  
 Gegen hohe Belohnung  
 abgegeben bei  
 Schmid, Brant, C 1, 14